

Meldungen

zusammengestellt von Jan Heller

Serie von Bombenanschlägen in Kabul

Fünf Explosionen, ausgelöst von Unbekannten, erschütterten im Juli binnen 16 Tagen Kabul. Die beiden ersten am 10. und 17. Juli beschädigten leicht Gebäude der pakistanischen Botschaft. Die drei anderen am 22., 24. und 25. Juli detonierten im Zentrum der Stadt, allerdings an unbelebten Orten, und verursachten vor allem einigen materiellen Schaden. Eine Person wurde getötet. Außerdem explodierte am 20. Juli in einem nördlichen Stadtteil ein privates Treibstofflager. Es ist jedoch nicht klar, ob dies durch eine Bombe oder einen Unfall ausgelöst wurde. Alle fünf Sprengkörper waren offenbar so gelegt, um größere Menschenopfer zu verhindern - entweder am frühen Morgen, abends nach Einbruch der Dunkelheit und an wenig frequentierten Orten. Lediglich der Anschlag vom 22. Juli wurde in der Nähe des Informationsministeriums und eines Basars verübt.

Taliban-Informationsminister Qudrattullah Jamal beschuldigte "interne und externe Opponenten", auf die UF und ihre ausländischen Unterstützer anspielend. Pakistanischen Zeitungsberichten zu Folge wurden "einige Dutzend" Verdächtige gefangengenommen. Später ließen die Taliban offiziell verlauten, sie hätten Angehörige einer UF-Untergrundrings verhaftet, darunter dessen Anführer. Sie stellten einen spektakulären öffentlichen Prozeß in Aussicht.

Die Bombenanschläge stehen in einer Reihe mit anderen Vorkommnissen der letzten Monate, die darauf hin deuten, daß die Taliban teilweise die Kontrolle über die von ihnen kontrollierten Gebiete verloren haben: die Flucht des prominenten UF-Kommandeurs Ismail Khan aus einem Taliban-Gefängnis in Kandahar im März, aktiver Widerstand gegen Zwangsrekrutierungen wie in Kadjaki im Mai, die Weigerung des Gouverneurs von Kunduz, im Juli eine Offensive gegen die UF zu starten sowie gewaltlose Proteste Kabuler Einwohner gegen steigende Strompreise und ausgebliebene Gehaltszahlungen.

Nachtrag: Am 1. September explo-

dierte eine weitere Bombe an der Rückfront des pakistanischen Konsulats im ostafghanischen Jalalabad. Sie verursachte nur Sachschaden.

WHO: Mangelnde Hilfsbereitschaft

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Ende Juli die mangelnde Bereitschaft der Geberländer kritisiert, bedürftigen Menschen in Krisensituationen beizustehen. Fünf von 21 Appellen in derartigen Situation in diesem Jahr hätten "null Reaktion" gefunden, bei vier weiteren seien weniger als zehn Prozent der angeforderten Mittel bereit gestellt worden. Als Beispiel wurde Afghanistan aufgeführt, für das 2,8 Millionen US-Dollar nötig seien, um die sich bedrohlich verschlechternde Gesundheit der Bevölkerung verbessern zu können. Weniger als ein Prozent dieser Summe wurde von den Gebern eingezahlt. In Nord-Afghanistan starben im März 900 Kinder an Masern, vor allem weil grundlegende Gesundheitsdienste nach Jahren des Konflikts "inadäquat" sind. Die WHO bat um 260.000 Dollar, um gemeinsam mit NGOs und lokalen Behörden dabei Verbesserungen herbeizuführen, und um weitere 300.000 Dollar für Ausbildung von Personal - bisher ohne Reaktion.

Untergetauchter Mujahedin-Kommandant enttarnt

Ein früherer Mujahedin-Kommandeur, der von 1992 bis 1996 am Checkpoint Sarobi der Islamischen Partei von Gulbuddin Hekmatyar zwischen Kabul und Jalalabad Reisende terrorisiert und zahlreiche Greuelthaten verübt hatte, ist in Großbritannien enttarnt worden. Ein BBC-Reporterteam fand Kommandant Zardad in einem Londoner Vorort, wo er unter falschem Namen Asyl erhalten hatte. Zardad stritt in einem TV-Interview alle Vorwürfe ab, insbesondere sei er nicht Kommandant des Checkpoint, sondern nur ein "Berater" gewesen. Er sei nach Großbritannien gekommen, weil er selbst von den Taliban mit dem Tode bedroht worden sei. Die BBC berichtet unter anderem von einem Fall, als er einen Bus aus dem Panjir-Tal - ei-

nem verfeindeten Gebiet - stoppen, alle Frauen und Kinder entfernen und dann die verbliebenen Männer erschießen ließ. Um Reisende zu erpressen, habe Zardad in einer Grube einen "menschlichen Hund" gehalten, einen nackten, offenbar verwirrten Mann, den er widerspenstige Reisende, die sich nicht von ihren Besitztümern trennen wollten, beißen ließ. Dafür fütterte er ihn nur mit rohem Fleisch. Dies trug zu der mit Schrecken verbundener Bekanntheit Zardads bei, die sein Dementi äußerst unglaubhaft macht.

In Afghanistan versuchten die Taliban durch zahlreiche Presseveröffentlichungen, politisches Kapital aus der Affäre zu schlagen. Sie bezeichneten Zardad als "Kriegsverbrecher", dem der Prozeß gemacht und deshalb ausgeliefert werden müsse, und setzten ihn mit seinem Parteichef Hekmatyar und ihrem stärksten verbliebenen Gegner Massud gleich. Zardad soll nach dem Fernsehbericht in Großbritannien untergetaucht sein.

Taliban-Avancen an China

Der Taliban-Botschafter in Islamabad hat am 26. Juli einer chinesischen Delegation zugesagt, daß sie keiner Gruppe erlauben würden, von Afghanistan aus gegen China zu operieren. Anschließend behaupteten die Taliban öffentlich, ihr Angebot sei von den Pekinger Vertretern "mit Befriedigung" aufgenommen worden - ohne daß sich die chinesische Seite zu dem Vorgang äußerte. Allerdings hatte sich Chinas Außenminister, der zu diesem Zeitpunkt offiziell Pakistan besuchte, geweigert, seinen Taliban-Amtskollegen Wakil Ahmad Mutawakkil zu treffen, der dazu extra nach Islamabad gereist war.

China ist besorgt über Taliban-Unterstützung für militante Islamisten in seiner Nordwestprovinz Xinjiang (Ostturkestan).

Taliban verbieten Opium-Anbau

Taliban-Chef Mulla Omar hat Ende Juli ein vollständiges Verbot des Anbaus von Opiummohn verhängt. Das Verbot kommt zwei Monate vor der nächsten

Aussaat. Gegen Zuwiderhandlung werden schwere Strafen angedroht, darunter die Zerstörung der Felder. Die Taliban forderten im Gegenzug massive internationale Unterstützung, um den Bauern den Umstieg auf Alternativkulturen zu ermöglichen. Nach dem Verbot habe sich der Kilopreis für Rohopium in Afghanistan von bislang 31 bis 32 Dollar verdoppelt, in Pakistan habe er um 70 Prozent zugelegt. Zur Begründung hieß es, Großhändler hätten den Stoff in großen Mengen auf Vorrat aufgekauft.

Bisher sind die Taliban nur halbherzig und unter auswärtigem Druck gegen den Drogenanbau vorgegangen, den sie zudem besteuerten - eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen. Afghanistan ist seit Jahren weltgrößter Opium-Produzent, aus dem unter anderem Heroin raffiniert wird. 1999 wurde eine Rekordernte von 4.600 Tonnen erzielt, etwa drei Viertel der Weltproduktion. In diesem Jahr sorgte allerdings die anhaltende Dürre für erhebliche Ernteeinbrüche.

UN-Gesandter trifft Musharraf

Der Afghanistan-Sondergesandte von UN-Generalsekretär Kofi Annan, Francesco Vendrell, hat am 3. August in Islamabad erstmals Pakistans Militärmachthaber General Pervez Musharraf getroffen. Das Treffen, ursprünglich für 15 Minuten geplant, dauerte etwa eine Stunde. Offiziell hieß anschließend, Musharraf habe Vendrell seine "volle Unterstützung" für die UN-Friedensbemühungen zugesichert. Inoffiziell war zu hören, daß Musharraf die Taliban massiv in Schutz genommen habe. Pakistan gilt als Hauptunterstützer der Bewegung.

Hijacker darf bleiben

Ein afghanischer Asylbewerber, der im Februar mit 170 Mitreisenden an Bord einer auf einem Inlandflug entführten afghanischen Passagiermaschine nach Großbritannien gelangt war, hat sein Berufungsverfahren gegen eine drohende Abschiebung nach Afghanistan in London gewonnen. Der 35 Jahre alte Agraringenieur berief sich erfolgreich darauf, daß er Anführer einer verbotenen politischen Partei sei und die Taliban ihn vor seiner Flucht 40 Tage lang inhaftiert und dabei massiv geschlagen hätten. Er habe an Geheimoperationen für die Taliban-Gegner teilgenommen und befürchte deshalb, nach einer Rückkehr öffentlich gehängt zu werden. Die Hijacker hatten argumentiert, daß ihnen kein anderer Weg als die Entführung geblieben sei, um dem sozialen Dilemma und der Verfolgung in Afghanistan zu entkommen. Trotzdem kehrten 77 von ihnen

und vier Crew-Mitglieder freiwillig, aber nach erheblichem Druck der britischen Behörden inzwischen nach Afghanistan zurück, nachdem ihnen Straffreiheit zugesichert worden war. Zwölf tatverdächtige Passagiere wurden wegen der Entführung in Großbritannien angeklagt. Die übrigen 51 gestrandeten afghanischen Entführungsoffer mit weiteren 26 minderjährigen Angehörigen haben Asylanträge gestellt. Allerdings entschieden die Behörden lediglich in fünf Fällen bei noch 15 anhängenden Verfahren zugunsten der Antragsteller. Alle anderen Asylanträge wurden bereits abgelehnt. Der britische Innenminister Jack Straw (Labour) erklärte im März: "Es liegt im öffentlichen Interesse, künftige Hijacking mit dem Ziel des Asylersuchens zu verhindern; deshalb wird ihnen nicht die Erlaubnis gegeben, im Land zu bleiben."

Taliban verbieten Frauenarbeit

Die humanitären und nichtstaatlichen Organisationen, die in Afghanistan einheimische Frauen beschäftigen, fördern damit "Verderbtheit" oder sogar "Prostitution". So steht es im Edikt Nummer 8 des Sonderbüros der Taliban, der den Hilfsorganisationen in Kabul am 4. August zugestellt wurde und die neueste Etappe in der Kulturrevolution der afghanischen Radikal-Islamisten markiert. Unterschrieben hat den Erlaß "Mulla Muhammad Omar Mudschahid, Diener des Islam", wie sich das geistliche Oberhaupt der Taliban offiziell nennt. Die Taliban versuchen, eine eigenwillige und äußerst strikte Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia, durchzusetzen. Ein zentraler Punkt dabei ist es, die Frauen vom öffentlichen Leben abzuschotten - durch Zwangsverschleierung, Ausschluß vom Bildungswesen jenseits der Primärstufe und Arbeitsverbot. Ausgenommen sind nur Angestellte des staatlichen Gesundheitswesens. Die Taliban begründen dies damit, daß sie auf diese Weise die Ehre der Frauen schützen wollen, die während der sowjetischen Besatzung und des anschließenden Bürgerkrieges mit Füßen getreten worden sei. Westliche Vorstellungen von Frauenrechten lehnen sie ab.

Ihre Postsendung steht in Einklang mit Erklärungen hoher Regierungsvertreter des international nicht als legitime Regierung Afghanistans anerkannten "Islamischen Emirats", wie die Taliban das Land inzwischen getauft haben. So erklärte Taliban-Außenminister Mutawakkil, der als engster Vertrauter Mullah Omars gilt und seine Karriere einst als dessen Vorkoster und Berater begonnen hatte, hohen UN-Vertretern deutlich, daß die Entscheidung diesmal auf

höchster Ebene gefallen und deshalb endgültig sei. Niemand könne dies rückgängig machen. Dabei hatte der für Afghanistan zuständige UN-Koordinator für Humanitäres, der Niederländer Erick de Mul, zweimal in Kabul und Kandahar versucht, das Edikt rückgängig zu machen; anschließend hatte er optimistische Stellungnahmen abgegeben. Dabei setzte er offenbar auf die Erfahrung, daß sich die internationale Gemeinschaft schon einmal gegen die Taliban durchsetzen konnte, als sie versuchten, die Hilfsorganisationen auf dem zerbombten Gelände einer Hochschule zu konzentrieren und abzuschotten.

Doch diesmal scheint es ernster zu sein. Alle Taliban-Andeutungen, es gebe Spielraum in der Frage der Frauenbeschäftigung, haben sich bisher als leere Worte herausgestellt. Auch daß der Afghanistan-Beauftragte Kofi Annans, Francesco Vendrell, dem Taliban-Außenminister Ende letzter Woche in Kabul die "Besorgnis der Geberländer" übermittelte, die das Verbot "sehr, sehr ernst" nehmen würden, hat bisher keine Wirkung gezeigt. So liegen alle Projekte, in denen afghanische Frauen beschäftigt sind, seit Wochen auf Eis. Direkt betroffen sind etwa 6.000 Afghaninnen.

Vielleicht gibt es aber doch noch Lücken im Gesetz. Hohe Taliban-Vertreter deuteten an, es solle eine Liste von elf Berufen veröffentlicht werden, in denen Frauen doch arbeiten dürften. Andere deuteten privat an, daß sie das Edikt mißbilligten. Annan äußerte sich "tief besorgt" über das Verbot und forderte die Taliban auf, "ihre Position zu überdenken, um unnötiges menschliches Leiden zu verhindern."

Am 17. August machten die Taliban, nur einen Tag nach dessen Erlaß, ein Arbeitsverbot für die 25 von Witwen betriebenen Kabuler Frauenbäckereien wieder rückgängig, die vom World Food Programme (WFP) betrieben werden. Dort arbeiten 360 Frauen, die 7.000 der ärmsten Frauen der afghanischen Hauptstadt mit subventioniertem Brot versorgen. Sie seien nicht direkt UN-Angestellte, begründete Taliban-Außenminister Wakil Ahmad Muttawakil den Sinneswandel.

Afghanistan - Minenfeld Nr. 1

Beinahe ein Vierteljahrhundert Krieg hat Afghanistan in "das am meisten verminten Land der Welt, einen Abfallhalde nicht explodierter Munition" verwandelt. So heißt es in einem neuen UN-Bericht, der Anfang August veröffentlicht wurde. Sowohl die einstige sowjetische Besatzungsarmee als auch die Mujahedin seien dafür verantwortlich. Während letztere überhaupt keine Karten von den Minenfeldern angelegt

hätten, habe die Sowjetunion nur einige Karten nach dem Abzug ihrer Truppen übergeben. Über die restlichen werde bis heute mit der Regierung in Moskau verhandelt. Niemand kenne die Zahl der noch scharfen Sprengkörper, die "möglicherweise Millionen, sicherlich aber Hunderttausende" zählten. Niemand wisse auch genau, wieviele Menschen von Minen getötet oder verletzt worden seien. Nach anderen UN-Angaben würden monatlich 500 Minenopfer registriert. Die Entminer von UN und NGOs hätten bisher 51 verschiedene Typen von Minen aufgefunden gemacht - in "archäologischen Schichten", je nach Alter, darunter eine Art, die vom Boden springt, bevor sie detoniert. Bisher seien 1,2 Millionen Minen und andere Sprengkörper entschärft worden, aber erst etwa ein Drittel des als vermint bekannten Geländes sei gesäubert. Noch 68.000 Quadratmeilen (etwa 20 Prozent des Landesterritoriums) bleiben zu durchsuchen - ohne die Gebiete, in denen sich die Taliban und ihre Gegner weiterhin bekämpfen. Während Kabul annähernd minenfrei ist, sei Kandahar, Hauptquartier der Taliban, eines der am meisten verminten Gebiete. 30 Minenexperten seien seit 1990 in Afghanistan getötet und 534 verletzt worden.

Mittlerweile wurde am 1. September bekannt, daß die UNO ihre Entminungsprogramme in Afghanistan um die Hälfte kürzen muß. Polly Brennan, Beraterin des UN-Mine Action Programme, führte die Entscheidung auf mangelnde Mittel zurück. Dies werde unweigerlich zu einer erneuten Erhöhung der Opferzahlen führen.

Olympia doch ohne Afghanen

Nach einigem Hin und Her wird Afghanistan doch als einziges Land nicht bei den Olympischen Spielen in Sydney vertreten sein. "Athleten aus Afghanistan werden unglücklicher Weise nicht in der Lage sein, an den Spielen teil zu nehmen, so lange die Taliban-Regierung nicht die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft besitzt", sagte IOC-Sprecher Franklin Servan-Schreiber am 22. August. Ursprünglich hatte das IOC, nach einem Protestbrief der Taliban, sein aus dem Vorjahr stammendes Verbot für Taliban-Repräsentanten aufgehoben und zwei Offizielle des nicht anerkannten Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der Taliban als Beobachter eingeladen. Als das in Kabul triumphierend als offizielle Anerkennung gefeiert wurde, machten das IOC einen Rückzieher und luden die Beiden wieder aus. Einer von ihnen, NOK-Generalsekretär Chalid Mutmaen, warf dem IOC enttäuscht vor, er vermischt Sport und Politik und diskriminiere

die Afghanen aus religiösen und rassischen Gründen. Afghanische Sportler sollten im Ringen, Boxen, Gewichtheben und Taekwondo antreten, waren von vorn herein nicht eingeladen worden. Das IOC erklärte sich bereit, afghanischen Sportlern zu helfen, wenn es nach Kabul eingeladen werde. Eine Anerkennung des Taliban-NOK liege aber "nicht in den Händen des IOC", weil nur NOKs der auch von den Vereinten Nationen anerkannten Staaten von ihm anerkannt würden. 1996 in Atlanta hatten einige afghanische Sportler an den olympischen Spielen teilgenommen, die das NOK der von der UN anerkannten Rabbani-Regierung nominiert hatte. Ob sie diesmal ebenfalls antreten, ist nicht klar.

Im Afghanistan der Taliban dürfen Frauen nicht öffentlich Sport treiben. Bei Fußballspielen sind kurze Hosen verboten, afghanische Boxer und Ringer müssen aus religiösen Gründen Bärte tragen, was der internationale Boxverband aber nicht zuläßt, und waren deshalb bereits früher von internationalen Wettkämpfen ausgeschlossen worden.

Unterdessen traf die neuseeländische Polizei bei Ermittlungen wegen illegaler Einwanderung auf Spuren von Plänen, daß afghanische Anhänger des internationalen Islamisten-Führers Usama bin Laden Australiens einzigen Atomreaktor nahe der Olympiastadt während der Spiele in die Luft jagen wollen. Die Taliban-Regierung dementierte jede Verbindung mit solchen Plänen als "Hirngespinnst" und "falsche Propaganda."

Sieben UN-Mitarbeiter ermordet

Sieben afghanische Mitarbeiter des UN-Anti-Minen-Programms, die bei dessen Partner, der afghanischen NGO OMAR angestellt waren, sind Anfang August bei einem Überfall auf ihre Fahrzeuge im Westen des Landes ermordet worden. Der Vorfall ereignete auf einer Straße, die die Provinzen Badghis und Herat verbindet, nahe dem Sabzak-Pass. Auch fünf lokale Taliban, die später an den Ort des Überfalls kamen, wurden erschossen. Die Leichen wurden teilweise von den unbekanntem Tätern angezündet. Die Taliban und ihre Gegner beschuldigten sich gegenseitig, für die Morde verantwortlich zu sein. In dem Gebiet operieren sowohl Kämpfer der Taliban als auch Guerillas, die mit der UF verbündet sind. UN-Generalsekretär Kofi Annan verurteilte den Mord und forderte die Taliban auf, die Schuldigen zu finden.

Baden verboten!

Die Taliban haben Anfang August per

Edikt ihres Anführers Mulla Omar alle öffentlichen Badehäuser in Kabul mit der Begründung geschlossen, der Islam verbiete es Männern, öffentlich ihren Körper zu zeigen. In Kabul existierten etwa 30 Badehäuser, eine der wenigen Quellen, wo heißes Wasser verfügbar ist. Viele Stadtteile Kabuls haben überhaupt kein Wasser oder nur an öffentlichen Brunnen. Badehäuser für Frauen waren bereits 1996 geschlossen worden.

Irans Parlament gegen afghanische Flüchtlinge

154 der 290 iranischen Parlamentsabgeordneten haben in einem bisher beispiellosen Brief an Präsident Mohammad Khatami die Ausweisung aller afghanischen Flüchtlinge verlangt, weil sie "Probleme schaffen". Der Brief wurde am 13. August im Parlament verlesen.

Entsprechend eines Abkommens zwischen dem UNHCR und der iranischen Regierung begann bereits im April ein "freiwilliges" Rückkehrprogramm für 100.000 Afghanen. Laut UNHCR leben in Iran noch etwa 1,4 Millionen afghanische Flüchtlinge. Den iranischen Behörden zu Folge halten sich 700.000 Afghanen illegal im Lande auf. Arbeitsminister Hossein Kamali sagte im Mai in Radio Teheran sogar, etwa zwei Millionen Flüchtlinge, die meisten von ihnen Afghanen, arbeiteten illegal in Iran. "Diese Leute müssen unser Land verlassen und unseren jungen Leuten die Chance geben, zu arbeiten", so der Minister wörtlich.

Kabul-Museum wieder eröffnet

Am 17. August, dem Vorabend des 81. Unabhängigkeitstages Afghanistans, ist das seit 1992 geschlossene, stark zerstörte und durch Plünderung um fast alle seine wichtigsten Exponate beraubte Nationalmuseum in Kabul wieder eröffnet worden. Der so genannte Stein von Robatak, der eine etwa 1.600 Jahre alte gräko-baktrische Inschrift aus der Zeit des Kuschan-Reiches trägt, wird aus diesem Anlaß erstmals öffentlich gezeigt. Er war 1993 in der Provinz Baghlan gefunden und erst einen Monat zuvor nach Kabul überführt worden. Die Eröffnung durch Gesundheitsminister Mohammad Abbas wurde von mehreren Fernseheteams gefilmt, darunter auch ein Taliban-Team. Fernsehen ist allerdings seit der Machtübernahme der Taliban verboten. Erst im Juli trat Informationsminister Jamal Gerüchten entgegen, die Taliban planten die Aufhebung des TV-Banns.

Die neue Ausstellung füllt nur einige Säle im Erdgeschoß des 1919 eröffneten Museums, dessen Obergeschoß

während der Kämpfe 1992 bis 1996 fast völlig zerstört wurde und bis heute unbenutzbar ist. Die Neueröffnung habe "nichts mit Ideologie" zu tun, versicherte Taliban-Museumsdirektor Naqibullah Ahmad Yari der BBC. "Wir sind nicht gegen diese Ausstellung, weil die Exponate Teil unserer Geschichte sind." Nancy Dupree, Vorsitzende der internationalen Society for the Protection of the Afghan National Heritage (SPACH), forderte die Taliban-Behörden während der Veranstaltung auf, den Schutz des verletzlichen Kulturerbes Afghanistans auf die Tagesordnung zu setzen.

Independence Day afghanisch

Erstmals seit ihrer Machtübernahme in Kabul 1996 haben die Taliban Afghanistans Unabhängigkeitstag am 18. August offiziell gefeiert. Dazu gehörte eine Militärparade, bei der britische Kanonen, die 1918 zurück gelassen worden waren, und mit Blumen dekorierte Kalaschnikows vorgeführt wurden. Hunderte Pick-ups mit bewaffneten Taliban folgten, denn Panzer, Artillerie und sogar Tankwagen. Im Kabuler Hotel "Intercontinental" wurden Reden gehalten und Gedichte vorgetragen, im Stadion fanden Kampfsport-Vorführungen statt. Die zerstörte Handwerks- und Industrieausstellung wurde anlässlich des Feiertages repariert.

UNOCHA: Sanktionen unfair

Die im Herbst 1999 vom UN-Sicherheitsrat gegen die Taliban verhängten Sanktionen haben "sowohl einen direkten wie einen indirekten negativen Einfluß" auf die afghanische Zivilbevölkerung. So heißt es in einem Bericht des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA) in Afghanistan, der am 22. August in New York veröffentlicht wurde. "Die Bevölkerung Afghanistans ist hoch verletzlich und hat wenig Kapazitäten, mit weiteren ökonomischen Schocks fertig zu werden", heißt es darin in unverhohlener, aber vorsichtig formulierter Kritik an den besonders von den USA initiierten Strafmaßnahmen. Die Sanktionen kämen zusätzlich zu einer vernichtenden Dürre und umfangreichen Vertreibungen der Zivilbevölkerung. "Die Mehrheit der Bevölkerung kämpft nahe am Subsistenzniveau um das Überleben und kann ihre Bedürfnisse nach Nahrungsmitteln und einer gewissen Basisversorgung nicht befriedigen." "Außerdem", so heißt es weiter, "haben die Sanktionen das Ausmaß erweitert, in dem sich die einfachen Afghanen isoliert und zu Opfern gemacht fühlen. Es gibt die weit verbreitete Auffassung, und daraus resultierende Verbitterung darüber, daß

der UN-Sicherheitsrat die unschuldige Bevölkerung bestraft und nicht die Regierung, mit der er im Konflikt liegt." In dem Bericht werden auch die Taliban, etwa für ihr Verbot der Frauenarbeit, scharf kritisiert.

Karlsruhe erweitert Recht auf Asyl

Das Bundesverfassungsgericht hat den Schutz von Flüchtlingen vor "staatsähnlicher" Verfolgung deutlich verbessert, berichtete die "taz" am 21. August. In einer jetzt bekannt gewordenen Entscheidung erklärte Karlsruhe, daß auch nicht staatliche Machthaber, wie etwa die afghanischen Islamisten, "politische Verfolgung" im Sinne des Grundgesetzes ausüben können. Flüchtlinge aus derartigen Gebieten können nun leichter Asyl oder Abschiebeschutz erhalten. Erfolg hatte damit die Verfassungsbeschwerde von sieben afghanischen Flüchtlingen. Diese hatten zur Zeit der kommunistischen Herrschaft für den afghanischen Staat gearbeitet und flohen Anfang der 90er-Jahre vor den Nachstellungen durch die islamistischen Mujahedin. In Deutschland erhielten sie aber kein Asyl, weil die Herrschaft der Gotteskrieger in Afghanistan noch nicht gefestigt genug sei. In zwei Grundsatzurteilen erklärte das Berliner Bundesverwaltungsgericht 1997 und 1998: "Machtgebilde", die sich während eines Bürgerkriegs bilden, seien nur dann "staatsähnlich", wenn "die Fronten über längere Zeit hinweg stabil sind und allenfalls noch in Randbereichen gekämpft wird". Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten wie Afghanistan oder Somalia konnten deshalb in Deutschland in der Regel nur eine kurzfristige "Duldung", aber kein sicheres Aufenthaltsrecht erhalten. Dem ist nun das Bundesverfassungsgericht entgegengetreten und hat die Berliner Urteile aufgehoben. Zwar sei politische Verfolgung "grundsätzlich staatliche Verfolgung", hieß es in Karlsruhe. Zugleich wurden aber die Anforderungen für das Vorliegen von "quasi-staatlicher" Verfolgung durch Bürgerkriegsparteien deutlich reduziert. Nach Karlsruher Lesart kommt es dabei weniger auf die Sicherheit der Außengrenzen vor militärischen Angriffen an. Vielmehr gehe es darum, daß in einem "Kernterritorium" der neuen Machthaber relativ ruhige Zustände herrschen. Wenn dann aber einzelne Menschen oder Gruppen in diesem Gebiet von den Machthabern "durch gezielt zugefügte Rechtsverletzungen aus der konkreten Gemeinschaft ausgeschlossen" werden, dann könne dies, so Karlsruhe, einen Asylanspruch auslösen. (Az: 2 BvR 260/98 u. a.) Weitere Informationen zum Karlsruher Urteil zum erweiterten Asylrecht finden sich im Internet unter

der Adresse www.bundesverfassungsgericht.de

UN-Briefing über Afghanistan

Bei einem internen Briefing des UN-Sicherheitsrates über Afghanistan haben dessen Mitgliedsländer nach UN-Angaben schwere Besorgnis über den anhaltenden bewaffneten Konflikt in Afghanistan geäußert. Sie stimmten überein, daß es ein "wachsendes Risiko einer größeren Internationalisierung" gebe. "Es besteht die reale Gefahr, daß das afghanische Territorium als Basis zur Destabilisierung anderer Länder in der Region genutzt werde", sagte Ratspräsident Agam Hasmy (Malaysia) anschließend der Presse in New York. Mehrere hundert islamistische Militante waren in den vorhergehenden Wochen, möglicherweise auch von Afghanistan aus, in die zentralasiatischen Staaten Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan eingedrungen, wo sie ein islamisches Regime errichten wollen.

Dürre weitet sich aus

Nach einem neuen Bericht von UNOCHA vom 25. August 2000 wütet die verheerende Dürre in Afghanistan weiterhin im gesamten Land. Die Provinzen Herat, Farah, Badghis (Westen), Kandahar, Helmand, Zabul, Nimroz, Urozgan (Süd-Westen), Paktia, Paktika, Khost, Ghazni (Süden), Baghlan, Kunduz, Tachar und Badachschan (Nord-Osten) seien am stärksten betroffen. Die jüngste Eskalation der Kämpfe habe die Situation weiter verschärft - und auch die Arbeitsbedingungen der humanitären Organisationen. Nach Prognosen von WFP und FAO zu Folge wird im Juni 2001 wenigstens die Hälfte der Bevölkerung Afghanistans in unterschiedlichem Maße von der Dürre betroffen sein. Bereits jetzt sind nach Schätzungen aus andere Quelle etwa 80 bis 90 Prozent des afghanischen Viehbestands vernichtet.

Anfang Juni haben die humanitären UN-Agenturen einen dringenden Hilfsappell über 67 Millionen Dollar gestartet, der erst zu Teilen beantwortet wurde. Von den erforderlichen knapp 118.000 Tonnen Weizen wurden von den Gebern erst 81.000 Tonnen zugesagt. Etwa ein Viertel davon konnte bereits verteilt werden. Schlechter sieht das Verhältnis für die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser aus. Es bestehe die Gefahr, daß für 400.000 Bauern die Winterausaat fehlschlagen könnte. Umgerechnet auf die durchschnittliche afghanische Familiengröße bedeutet dies, das von einem möglichen Ausfall der nächsten Ernte mindestens 2,4 Millionen Menschen betroffen wären.

In dem Bericht wird Afghanistans Bevölkerung mit 25,8 Millionen (Schätzung mit Stand 1999) angegeben. demnach lebten 79 Prozent der Afghanen in ländlichen Gebieten; 85 Prozent hängen direkt oder indirekt von der Landwirtschaft ab (weitere Informationen hierzu auf der UNOCHA-Website unter der Adresse <http://www.reliefweb.int>)

Cholera-Epidemie Bei einem ersten Cholera-Ausbruch sind in den beiden letzten Augustwochen in der Kampfregion in Nord-Afghanistan laut WHO 14 Kinder gestorben. Betroffen seien mehrere Dörfer in der Provinz Sar-e Pul. Insgesamt wur-

den 993 Cholera-Kranke in Krankenhäuser eingeliefert, berichtete die Taliban-Zeitung "Schariat".

Neuer UN-Ärger mit Taliban

Mit einem neuen Statut wollen die Taliban die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen in den Griff bekommen. Die UN hat es bereit abgelehnt, die neuen Regeln zu akzeptieren, die die Taliban bereits in ihrer "Offiziellen Gazette" (Djarida-ye rasmi) veröffentlichten und am 13. August der UN zustellten. UN-Quellen in Islamabad sagen, dass eine tatsächliche Umsetzung der angeordnetetn Maßnahmen in die Praxis

lebenswichtige humanitäre Arbeit ernsthaft gefährden würde. Das aus 22 Artikeln bestehende Statut wurde ohne Konsultationen mit der UN erstellt. Darin heißt es, die UN müsse ihre Operationen künftig von Kabul, und nicht mehr von Islamabad aus, führen, das afghanische Bankensystem für Transaktionen nutzen und sein gesamtes Personal von den Taliban genehmigen lassen. Für NGOs sollen noch striktere Regeln gelten. Sie werden von den Taliban beschuldigt, westliche Werte nach Afghanistan zu importieren und damit die afghanische Kultur zu zerstören.

Fußball in Afghanistan

von Jan Heller

Fußball in Afghanistan: Torschüsse auf braunem Grün, vorkriegsgeschädigten Tribünen, deren Wände mit Einschüssen übersät sind, in einem Stadion, das sonst Hinrichtungen dient.

Die Mannschaft von Ittihad, ganz in Rot, greift an. Der stämmige, linke Mittelfeldspieler mit der Nummer 8 bekommt den Ball und rennt auf das Tor des Teams von Isteqlal zu. Aus 30 Metern zieht er ab. Da der Ball auf dem unebenen Grund leicht hoppelt, trifft der Spieler ihn optimal von unten, und der Wind verleiht ihm zusätzlich Kraft. Als Bogenlampe landet er genau im Dreieck des Tores. 1:0 für den Außenseiter. Auf den Rängen vereinzelt Beifall. Niemand ruft "Allahu Akbar", wie es die Taliban angeordnet haben, die das als einzige wirklich islamische Anfeuerung betrachten.

In Kabul wird Fußball gespielt, und Zuschauer und Spieler sind bei der Sache wie überall auf der Welt, wo das runde Leder Ersatzreligion ist. Zumal in Afghanistan, wo die Taliban sonst fast alles verboten haben, was unterhält - oder die Menschen von der Konzentration auf Allah ablenkt, wie sie es sehen: Kino und Fernsehen; Musik, wenn es sich nicht um Trommelwirbel oder religiösen Sprechgesang ohne jegliche instrumentale Begleitung handelt, wie sie Radio Sharia sendet; westliche Kleidung für Männer, Damenschuhe, die mit ihren Absätzen angeblich erotisierende Klacktöne verursachen, modische Frisuren oder Barttrimmen.

Der Ball ist stark

Auch Sport, insbesondere Ballspiele, waren eine Weile untersagt, das aber war nicht aufrechtzuerhalten. Schon bald

kickten wieder überall in den Städten, selbst in der Taliban-Hochburg Kandahar, Afghanen das runde Leder. Und in Kabul fanden auf der früheren Festwiese Tschaman Ende 1999 an Freitagen Mat-

ches von Freizeitfußball-Teams statt, die sich einheitliche Jerseys, sogar mit Rückennummern, selbst geschneidert hatten. Das Gebot, lange Hosen zu tragen und den Kopf zu bedecken, wurde damals



In Kabul wird wieder Fußball gespielt (Foto: 'Herald')